

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung von Berlin	171
Steuerentlastung 1986/90 und Steuerbelastung 1991: Umverteilung der Einkommen von unten nach oben	178
Der Arbeitsmarkt in Deutschland — Aktuelle Arbeitsmarktentwicklung	185

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 14/91

Berlin

4. April 1991

58. Jahrgang

BIBLIOTHEK

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung von Berlin

Die Entwicklung der Berliner Wirtschaft zeigte im letzten Jahr das auch für die Gesamtwirtschaft bisher typische Muster infolge des deutschen Vereinigungsprozesses: Es kam in den beiden Stadthälften zu stark gegenläufigen Entwicklungen. Die Wirtschaft im Westteil wuchs in einem Maße wie schon lange nicht mehr. Das reale Bruttoinlandsprodukt war 1990 um fast 7 vH höher als im vorhergehenden Jahr; die Zahl der Beschäftigten stieg um knapp 40 000. Die Entwicklung in Ost-Berlin hingegen stand ganz unter dem Einfluß der Anpassungsprozesse im Gefolge der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Produktion und Beschäftigung gingen drastisch zurück; die Arbeitslosigkeit nahm rasch zu.

Im laufenden Jahr wird sich die gespaltene Wirtschaftsentwicklung in den beiden Stadthälften fortsetzen, allerdings mit anderer Akzentuierung: In den westlichen Bezirken wird die Wirtschaft weiter kräftig expandieren, aber mit gedrosselterem Tempo im Vergleich zum außerordentlichen Wachstumsschub des Vorjahres. In Ost-Berlin werden in der Industrie die strukturellen Probleme noch stärker als bisher hervortreten. In einigen Wirtschaftsbereichen zeichnet sich dagegen eine Besserung ab. Die Arbeitslosigkeit in Ost-Berlin nimmt weiterhin stark zu.

Vorbemerkung

Angesichts der grundlegend verschiedenen wirtschaftlichen Gegebenheiten ist eine Konjunkturberichterstattung für beide Stadthälften nur getrennt sinnvoll. Wegen der sich erst im Aufbau befindlichen statistischen Berichtssysteme ist sie für Ost-Berlin nur sehr eingeschränkt möglich. Zur Zeit gibt es für die östlichen Bezirke nur einige Fachstatistiken, die sich zudem teilweise in methodischer Hinsicht von den im alten Bundesgebiet üblichen unterscheiden. Überdies wird mit dem Wegfall der Grenzen eine isolierte Betrachtung von West-Berlin immer problematischer.

Industrie

Kräftiger Aufschwung im Westteil ...

1990 konnte das West-Berliner verarbeitende Gewerbe seine Leistung um rund 8 vH steigern; seine Beschäfti-

gung erhöhte sich um rund 4 vH. Am Aufschwung nahmen fast alle Industriezweige teil. Nach einer Umfrage des DIW wurde dabei deutlich mehr investiert als im Frühjahr letzten Jahres geplant. Wie in Westdeutschland war für die Expansion die zusätzliche Nachfrage aus Ostdeutschland vor allem nach Konsumgütern ausschlaggebend. Mit der Einführung der D-Mark in der ehemaligen DDR kam es ab Jahresmitte zu einer enormen Beschleunigung des Wachstums.

Dieser Impuls fiel für die Industrie in West-Berlin stärker aus als für die in Westdeutschland. Das liegt einmal an der räumlichen Nähe West-Berlins zum neuen Absatzmarkt. Viele der bisher vornehmlich auf den West-Berliner Markt orientierten Betriebe konnten aus der Öffnung der Grenzen großen Nutzen ziehen. Für sie hat sich der Kundenkreis schlagartig erheblich erweitert: In Ost-Berlin und im Berliner Umland leben etwa ebensoviele Menschen wie in West-Berlin. Das liegt zum anderen aber auch an der Produktstruktur der West-Berliner Industrie, die vergleichsweise stark auf Massenprodukte für Kon-

**Auftragseingang, Nettoproduktion und Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes
in West-Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH**

	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾		Chemie		Maschinenbau		Straßenfahrzeuge		Elektrotechnik		Verbrauchsgütergewerbe		Nahrungs- und Genußmittel	
	West-Berlin	Bundesrepublik	West-Berlin	Bundesrepublik	West-Berlin	Bundesrepublik	West-Berlin	Bundesrepublik	West-Berlin	Bundesrepublik	West-Berlin	Bundesrepublik	West-Berlin	Bundesrepublik
	Auftragseingang ³⁾													
1989	4,7	7,7	-4,9	3,0	12,0	14,4	17,4	11,6	9,6	7,4	10,3	5,9	.	.
1. Vj.	11,7	7,5	3,7	2,8	36,4	16,0	21,0	14,4	16,4	9,9	9,6	4,2	.	.
2. Vj.	5,8	11,8	13,1	5,4	6,0	21,2	8,8	11,8	-0,2	11,9	15,2	8,5	.	.
3. Vj.	-5,0	5,6	-1,6	1,7	-1,1	11,7	5,3	7,8	1,5	3,4	10,8	5,0	.	.
4. Vj.	6,7	6,2	-27,8	2,2	10,5	7,6	32,2	12,8	20,2	6,3	6,0	5,8	.	.
1990	8,3	4,4	35,6	3,2	0,1	-0,1	-0,8	10,7	-1,4	7,1	9,2	6,9	.	.
1. Vj.	0,8	5,1	19,2	4,8	10,3	4,7	1,6	4,0	0,3	6,8	3,7	6,0	.	.
2. Vj.	4,7	0,1	10,9	-1,0	-16,1	-5,1	1,4	9,3	5,8	5,0	3,2	1,1	.	.
3. Vj.	29,5	7,5	92,8	5,5	5,9	-0,1	17,9	23,4	-1,2	9,6	16,1	8,9	.	.
4. Vj.	0,3	4,9	23,5	3,8	1,2	0,5	-17,0	7,7	-8,7	7,0	13,9	11,5	.	.
	Nettoproduktion ⁴⁾													
1990	8,4	5,6	9,2	2,3	x ⁵⁾	6,8	9,9	4,7	3,8	5,6	12,0	7,0	11,9	13,6
1. Vj.	3,7	5,9	5,1	0,5	x ⁵⁾	10,0	12,5	6,0	-2,4	7,2	8,3	6,0	4,0	6,0
2. Vj.	7,3	4,2	8,8	1,2	x ⁵⁾	7,7	5,3	1,3	-0,6	4,2	10,6	5,1	11,3	8,7
3. Vj.	13,9	6,3	12,7	3,3	x ⁵⁾	5,8	21,8	5,5	10,9	5,5	17,3	7,6	17,6	19,1
4. Vj.	8,6	6,2	10,2	4,3	x ⁵⁾	4,6	2,6	5,9	8,0	5,4	12,0	9,1	14,3	19,0
	Beschäftigte ⁵⁾													
1989	1,1	1,5	2,5	1,3	5,3	2,7	1,9	1,3	-1,3	2,4	3,7	0,9	0,4	0,1
1. Vj.	0,9	1,0	2,8	1,0	4,3	1,2	-0,5	0,6	-1,6	2,1	2,4	0,6	0,8	0,2
2. Vj.	1,1	1,3	2,4	1,1	4,5	2,0	1,3	1,2	-1,1	2,4	3,1	0,7	0,2	0,1
3. Vj.	0,8	1,7	2,4	1,4	5,4	3,2	4,0	1,6	-1,5	2,7	4,1	1,0	-0,3	-0,2
4. Vj.	1,4	2,1	2,3	1,6	6,9	4,4	2,8	1,6	-0,7	2,4	5,1	1,5	1,0	0,3
1990	3,6	3,0	3,7	1,6	6,2	5,3	3,3	1,9	1,4	2,5	7,3	2,7	6,0	5,3
1. Vj.	1,7	2,9	2,7	1,9	6,2	5,8	2,6	1,7	-0,2	2,4	5,5	2,6	0,9	3,3
2. Vj.	2,7	3,0	3,3	2,0	7,1	5,9	2,9	1,7	0,5	2,6	6,4	2,8	2,9	3,8
3. Vj.	4,6	3,0	3,7	1,4	6,6	5,2	4,4	2,2	2,0	2,4	7,9	2,6	8,3	5,9
4. Vj.	5,4	2,9	5,1	1,1	5,0	4,4	3,2	2,1	3,1	2,7	9,3	3,1	11,7	8,2

1) Alte Bundesländer, einschließlich West-Berlin. — 2) Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Auftragseingang ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. — 3) Preisbereinigt. Der Auftragseingang für Berlin enthält nur Aufträge von Fremdfirmen. Unternehmensinterne Aufträge, die vor allem in der Elektroindustrie und im Straßenfahrzeugbau eine Rolle spielen, werden seit 1985 nicht mehr erfaßt. — 4) Arbeitstäglich. Wegen systematischer Änderungen der Statistik sind keine Vergleiche mit der Zeit vor 1989 möglich. — 5) Keine zuverlässigen Angaben verfügbar. — 6) Nach fachlichen Betriebsteilen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistisches Landesamt Berlin; DIW.

sumzwecke ausgerichtet ist. Ins Gewicht fällt dabei vor allem das in West-Berlin relativ stark vertretene Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (Süßwaren, Kaffee, Zigaretten).

Auch die in West-Berlin wichtigen Investitionsgüterbranchen konnten 1990 kräftige Zuwächse erzielen. Das gilt vor allem für den schon in dem vorhergehenden Jahren stark prosperierenden Maschinenbau. Die Beschäftigung wurde wiederum in überdurchschnittlichem Maße ausgeweitet. Ausschlaggebend für das gute Er-

gebnis ist die rege Nachfrage nach Ausrüstungsgütern in den alten Bundesländern, die das nachlassende Auslandsgeschäft mehr als ausgleichen konnte. Die Elektroindustrie im Westteil der Stadt konnte trotz sinkender Exporte im vergangenen Jahr ebenfalls die Leistung verbessern und erstmals seit Jahren den Beschäftigtenstand erhöhen. Dabei verlief die Entwicklung in der ersten Hälfte noch ungünstig — insbesondere weil eine allgemein nachlassende Nachfrage für einige elektrotechnische Güter (z. B. Kabel) die Branche in West-Berlin besonders stark traf. Ab dem zweiten Halbjahr zog die Pro-

duktion sehr kräftig an; dies betraf vor allem elektrotechnische Konsumgüter und den Schwerpunkt der West-Berliner Elektroindustrie: die Nachrichtentechnik. Dabei dürften sich die anstehenden Investitionen zum Ausbau der Fernmeldeinfrastruktur in Ostdeutschland ausgewirkt haben.

1991 wird sich das Wachstum der Industrie etwas abschwächen. Bei Konsumgütern stabilisiert sich insgesamt die Produktion etwas unterhalb des zuletzt erreichten hohen Niveaus. Zuwächse sind aber noch für die in West-Berlin stark vertretene Pharmabranche zu erwarten: Einmal wird der ostdeutsche Markt im laufenden Jahr für westliche Produkte zunehmend offener, zum anderen steigt der Export weiter an. Die Investitionsgüterhersteller werden weiterhin von der anhaltend regen Investitionstätigkeit in Westdeutschland profitieren. Das Auslandsgeschäft wird sich kaum weiter abschwächen, da sich die Konjunktur in den wichtigsten Absatzländern im Laufe des Jahres stabilisieren dürfte¹. Eine zusätzliche Nachfrage wird aus Ostdeutschland kommen — insbesondere im Zuge von Infrastrukturinvestitionen. Wegen ihres Produktprogrammes ergeben sich für große Teile der West-Berliner Industrie gute Expansionschancen. Insgesamt ist für das laufende Jahr zu erwarten, daß im verarbeitenden Gewerbe die Leistung um 5 vH und die Zahl der Beschäftigten um 3,5 vH höher sein wird als 1990.

... und Strukturkrise im Osten der Stadt

In Ost-Berlin sank die Industrieproduktion kurz nach der Währungs- und Wirtschaftsunion um nahezu die Hälfte. Seitdem hat sich die Leistung in etwa stabilisiert. Dennoch wurde der Auftragsbestand immer kleiner. Er war im Dezember nur noch halb so hoch wie zur Jahresmitte. Bestellungen aus dem Ostblock spielen mittlerweile kaum noch eine Rolle. Ende 1990 reichten die Aufträge im Durchschnitt aller Industriezweige — bezogen auf den Umsatz an industriellen Erzeugnissen und Leistungen — noch für zweieinhalb Monate. Es ist demnach zu erwarten, daß ein großer Teil des Ost-Berliner verarbeitenden Gewerbes in den nächsten Monaten in existenzielle Bedrängnis kommt. Besonders prekär ist die Beschäftigungslage. Die Zahl der Arbeitskräfte wurde zwar seit Mitte letzten Jahres um knapp ein Viertel (40 000) reduziert; dies ist aber viel weniger als aufgrund des Produktionseinbruchs zu erwarten gewesen wäre. Personelle Überkapazitäten wurden allerdings durch Kurzarbeit aufgefangen; das Ausmaß des Arbeitsausfalls hat in den letzten Monaten stetig zugenommen.

Entscheidend für den Erhalt der Industriebetriebe in Ost-Berlin ist aber letztlich, wie schnell sie die Strukturkrise überwinden und wettbewerbsfähig werden. Neben der begonnenen Privatisierung wird es für eine Übergangszeit notwendig sein, noch nicht privatisierungsfähige Unternehmen zu erhalten bzw. zu sanieren. Auf

Daten zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für West-Berlin
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Wirtschaftsbereiche	1988	1989	1990 ¹⁾	1991 ²⁾
Sozialprodukt³⁾				
Produzierendes Gewerbe	4,3	4,3	7,5	4,5
Energie, Wasserversorgung	0,5	0,8	1,3	1,5
Verarbeitendes Gewerbe	4,7	5,0	8,2	5
Baugewerbe	3,6	2,5	6,8	4
Handel und Verkehr	2,9	4,0	15,2	3
Handel	1,9	2,6	20,5	2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	4,7	6,7	7,0	4,5
Private Dienstleistungen	2,3	3,2	5,5	5,5
Staat	0,8	1,2	1,5	1
Bruttowertschöpfung insgesamt ⁴⁾	3,1	3,5	6,7	4
Bruttoinlandsprodukt ⁵⁾	3,3	3,6	6,5	4
<i>Bruttoinlandsprodukt Bundesrepublik</i>	3,7	3,3	4,7	3,5
Erwerbstätige⁶⁾				
Produzierendes Gewerbe	-0,4	1,2	3,8	3,5
Energie, Wasserversorgung	1,6	1,2	-0,2	0
Verarbeitendes Gewerbe	-1,0	1,2	3,8	3,5
Baugewerbe	1,2	1,2	4,0	3
Handel und Verkehr	0,7	1,8	7,3	2,5
Handel	0,5	0,7	7,5	2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	1,0	4,1	6,9	3
Private Dienstleistungen	2,8	3,0	5,8	4,5
Staat, Organisationen ohne Erwerbzzweck, private Haushalte	-0,2	0,8	0,5	0
Wirtschaft insgesamt	0,7	1,7	4,2	3
<i>Erwerbstätige Bundesrepublik</i>	0,7	1,4	2,5	2,5
¹⁾ Teilweise geschätzt. — ²⁾ Schätzung. — ³⁾ Unbereinigte Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche zu Preisen von 1980. Ohne Verbrauchsteuern. — ⁴⁾ Unbereinigt, d. h. einschließlich unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen. — ⁵⁾ Bruttoinlandsprodukt = unbereinigte Bruttowertschöpfung abzüglich unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen, zuzüglich abzugsfähiger Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben. — ⁶⁾ Inlandskonzept. <i>Quellen:</i> Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Bundesamt; Schätzung des DIW.				

jeden Fall wird im laufenden Jahr eine erhebliche Zahl von Arbeitskräften entlassen: Einmal infolge der Schließung auch mittelfristig nicht wettbewerbsfähiger Unter-

¹ Vgl.: Zur Wirtschaftslage. Überwindung der weltwirtschaftlichen Abschwächung in Sicht. Bearb.: Bernhard Seidel, Manfred Teschner, Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 12/91.

nehmen, zum anderen im Zuge von Privatisierungs- und Sanierungsmaßnahmen. Die Arbeitslosigkeit wird vor allem nach Ablauf des zweiten Quartals noch einmal stark ansteigen. Dann läuft das Kündigungsschutzabkommen im Metallbereich aus — dem in Ost-Berlin eindeutig dominierenden Sektor der Industrie. Trotz der Verlängerung der Regelungen zur Kurzarbeit wird es im Metallbereich in erheblichem Maße zu Kündigungen kommen. Für die gesamte Ost-Berliner Industrie ist mit Entlassungen von 60 000 Personen — das sind 40 vH des Personals zu Jahresbeginn — zu rechnen; am Jahresende werden hier nur noch 80 000 Arbeitskräfte tätig sein.

Bauwirtschaft

Anhaltendes Wachstum der West-Berliner Unternehmen...

Das Baugewerbe in den Westbezirken expandierte im vergangenen Jahr kräftig. Die Bauproduktion stieg real um rund 7 vH, die Beschäftigung um 4 vH. Dabei konnte sowohl das Bauhauptgewerbe zulegen als auch das Ausbaugewerbe. Ein nicht unerheblicher Teil der Bauleistungen wurde „exportiert“ — nach Ost-Berlin oder in die Umgebung der Stadt.

Besonders der Gewerbebau zog kräftig an. Wegen der veränderten Situation der Stadt kam es zu einem regelrechten Bau-Boom. Insbesondere der Verkehrssektor, der Handel und die privaten Dienstleistungen haben ihre Bauinvestitionen stark ausgeweitet. Dabei schlug eine Vielzahl kleiner Aufträge — auch aus Ost-Berlin — kräftig zu Buche.

Die West-Berliner Baufirmen werden auch im laufenden Jahr an dem weiteren Anstieg der Bauinvestitionen des Handels und der privaten Dienstleistungsunternehmen Nutzen ziehen. Auch die Industrie will mehr bauen. In anderen Wirtschaftszweigen zeichnet sich hingegen insgesamt eine stagnierende Nachfrage nach Bauleistungen ab.

Auch im Wohnungsbau wird das schon hohe Vorjahresniveau erheblich überschritten — vor allem weil die Ausweitung wohnungsbaupolitischer Maßnahmen produktionswirksam wird. Die Bauwirtschaft in West-Berlin profitiert dabei nicht nur von der Aufstockung der Förderprogramme, sondern auch davon, daß sich die Struktur des Wohnungsbaus eindeutig zum Bau von Mietwohnungen verschiebt², an dem sie — im Gegensatz zu ihrer westdeutschen Konkurrenz — weit stärker beteiligt ist als am Bau von Eigenheimen.

Vom Staat kamen im vergangenen Jahr keine Anstöße. Der öffentliche Hochbau ging zurück; allein im Tiefbau war wegen Straßenbaumaßnahmen zur besseren Anbindung West-Berlins an den Ostteil der Stadt und das Umland ein Produktionszuwachs zu verzeichnen. Auch in diesem Jahr werden von der Nachfrage der öffentlichen Hand keine zusätzlichen Impulse für die West-Berliner

Baubetriebe ausgehen. Den bislang vorgelegten Haushaltsansätzen des Landes zufolge sind die geplanten Bauinvestitionen sogar etwas rückläufig.

Insgesamt wird die West-Berliner Bauwirtschaft im laufenden Jahr ihre Leistung nochmals erhöhen können — wenn auch nicht in dem Maße wie 1990. Erwartet wird ein realer Zuwachs von 4 vH. Nach der Struktur der zu erwartenden Bauproduktion wird das Ausbaugewerbe etwas stärker als das Bauhauptgewerbe expandieren.

... und Anpassungsprobleme in Ost-Berlin

Grundsätzlich anders ist indes die Situation für die Baubetriebe in Ost-Berlin. Sie müssen sich den neuen wirtschaftlichen Bedingungen erst anpassen, insbesondere im Hinblick auf Marktverhalten und Produktivität. Dazu kommt, daß sie jetzt nach neuen Vorschriften, Normen und Techniken ihre Leistung anbieten und gestalten müssen.

Erschwert wird der bereits begonnene Umstellungsprozeß durch eine schlechte Auftragslage. Sie ist nicht nur das Resultat eigener Wettbewerbsschwäche, sondern auch nachfragebedingt: Die alten Strukturen bei der Auftragsvergabe haben sich schnell aufgelöst; neue Aufträge wurden aber insbesondere wegen fehlender Planungen sowie finanzieller Unsicherheiten in der politischen Umbruchsituation kaum erteilt. Dies wird besonders am Einbruch im Wohnungsbau deutlich³. Betroffen ist davon insbesondere das Bauhauptgewerbe — der bedeutendste Bereich der Ost-Berliner Bauwirtschaft. Dabei handelt es sich im wesentlichen um Betriebe, die durch Entflechtung ehemaliger Kombinate entstanden sind. Bislang konnte das Bauhauptgewerbe zwar noch von alten Auftragsbeständen zehren; neue Bestellungen kamen kaum herein. Zu Jahresbeginn reichten die Aufträge nur noch für eine Monatsproduktion. Wegen des strengen Winters zu Jahresbeginn ist das Problem der geringen Nachfrage zunächst verschoben worden. Es dürfte aber jetzt wieder akut werden.

Im Ausbaugewerbe ist die Lage besser. Die Produktion zog kontinuierlich an — im Dezember war sie um 40 vH höher als Mitte letzten Jahres. Der Anstieg dürfte tatsächlich noch stärker sein, denn die Statistik erfaßt nicht die kleinen Handwerksbetriebe.

In der ersten Hälfte dieses Jahres bleibt die Entwicklung im Ost-Berliner Bauhauptgewerbe noch schwach. Im Sommer wird es aber zu einer Besserung kommen. Anstöße werden von den Sonderprogrammen kommen, die

² Im Wohnungsförderungsprogramm 1990 wurden 36 vH mehr Mietwohnungen als im Vorjahr bewilligt, demgegenüber gingen die befürworteten Eigentumsmaßnahmen um 80 vH zurück. Im Rahmen des Programms werden 8 800 Wohnungen gefördert, das ist ein Sechstel mehr als 1989.

³ Die Zahl fertiggestellter Wohnungen in Ost-Berlin war im letzten Jahr 60 vH niedriger als 1989.

der Bund Berlin und den ostdeutschen Ländern für investive Ausgaben zur Verfügung stellt. Zusätzliche Impulse könnten auch vom Wirtschaftsbau kommen — dabei müssen die Betriebe aus den östlichen Bezirken aber mit Unternehmen aus West-Berlin oder anderen Gebieten konkurrieren. Bisher jedenfalls konnten die Firmen aus dem Westen stärker vom offenen Markt im Berliner Raum profitieren als die aus Ost-Berlin.

Handel und Dienstleistungen

Für den Handel in West-Berlin brachte das letzte Jahr einen bisher nicht gekannten Boom. Die Ursachen sind das höhere verfügbare Einkommen der West-Berliner, vor allem aber die Käufe aus Ost-Berlin und der Umgebung Berlins. Bereits in den beiden ersten Quartalen von 1990 war ein Umsatzwachstum von jeweils mehr als 10 vH zu verzeichnen. Immens nahm der Absatz des Einzelhandels aber nach Einführung der D-Mark als Zahlungsmittel in der DDR zu. In einigen Sparten (Elektroartikel, Kraftfahrzeuge) kam es im Herbst sogar zu einer Verdoppelung der früher üblichen Umsatzzahlen. Im gesamten letzten Jahr war die Leistung des West-Berliner Handels real um 20 vH höher als 1989.

Dies wird sich im laufenden Jahr nicht wiederholen. Bisher hatten die Kunden aus Ost-Berlin und dem Umland ihre Käufe im wesentlichen aus den Ersparnissen finanziert; das Konsumverhalten muß sich jetzt aber am Einkommen orientieren. Zudem werden sie verstärkt das verbesserte Angebot an Einkaufsmöglichkeiten (insbesondere bei Lebensmitteln) in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung nutzen.

Bei den West-Berlinern wird es in diesem Jahr zu einem Rückgang der realen Kaufkraft kommen. Wenn die Pläne zum Abbau der Berlinförderung in der vorgesehenen Weise realisiert werden, reichen die sich abzeichnenden Erhöhungen der Erwerbseinkommen auf das ganze Jahr gerechnet gerade aus, um die Belastungen durch allgemeine Steuer- und Abgabeerhöhungen und den Verlust an Arbeitnehmerzulage auszugleichen. Sie können aber nicht auch noch die Teuerung (erwartet werden reichlich 3 vH) kompensieren. Dies gilt nicht für alle Haushalte, z. B. nicht für Rentner. Inwieweit dies der Handel zu spüren bekommt, hängt freilich auch von dem schwer zu kalkulierenden Verbraucherverhalten ab, beispielsweise von der Frage, in welchem Maße Ausgaben zulasten von Urlaubsreisen umgeschichtet werden. Alles zusammengenommen wird die Leistung des West-Berliner Einzelhandels 1991 nur wenig höher sein als im Vorjahr.

Auch für die Dienstleistungen in West-Berlin war 1990 ein außerordentlich gutes Jahr. Infolge des starken Besucherstroms stieg die Leistung im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie im Personenverkehr kräftig an. Wachstumsimpulse infolge der guten Konjunktur in anderen

Wirtschaftszweigen gab es auch für den Gütertransport und große Teile des übrigen Dienstleistungsbereichs. Im laufenden Jahr wird sich die günstige Entwicklung im Verkehrsgewerbe und bei den privaten Dienstleistungsunternehmen fortsetzen.

In Ost-Berlin müssen die vorhandenen Strukturen an die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt werden. Generell ist dieser Prozeß schon weit vorangeschritten. Im Handel wird die Privatisierung in diesem Jahr abgeschlossen werden. Dabei wird es im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen zwar auch zu Entlassungen kommen; auf der anderen Seite eröffnen aber viele neue Geschäfte — sowohl von Einheimischen als auch von Investoren aus West-Berlin oder anderen Regionen. Es ist damit zu rechnen, daß sich in diesem Wirtschaftszweig die Beschäftigung im Laufe des Jahres zumindest stabilisieren wird. Ähnlich wird auch die Entwicklung im Hotel- und Gaststättengewerbe und im privaten Güterverkehr verlaufen. Post, Bahn und regionaler öffentlicher Personenverkehr werden von den entsprechenden westlichen Unternehmen übernommen; in Teilbereichen kann es zwar auch hier zu einem rationalisierungsbedingten Arbeitsplatzabbau kommen — zum weitaus größten Teil dürfte aber die Beschäftigung gehalten werden. Weiter kräftig expandieren werden solche Dienstleistungsaktivitäten, die bislang wenig oder überhaupt nicht in der ehemaligen DDR vorhanden waren. Dazu zählt beispielsweise das Bank- und Versicherungsgewerbe, die Wirtschaftsberatung oder Werbung und Marketing.

Wachsende Arbeitslosigkeit

Im Westteil der Stadt stieg im vergangenen Jahr infolge des außerordentlich starken Wirtschaftswachstums die Zahl der Erwerbstätigen um gut 4 vH (alte Bundesländer + 3,2 vH). Dabei beschleunigte sich der Beschäftigungsaufbau im Jahresverlauf; Ende 1990 waren rund 60 000 Personen mehr erwerbstätig als vor Jahresfrist. Allerdings ist die Zahl der Arbeitslosen nicht merklich zurückgegangen. Die zusätzlichen Stellen wurden per Saldo zum weitaus größten Teil mit Pendlern aus Ost-Berlin und dem Berliner Umland besetzt.

In den östlichen Bezirken der Stadt hingegen ist die Arbeitslosigkeit ab Sommer letzten Jahres stark angestiegen. Trotz der Beschäftigungsmöglichkeiten im Westteil der Stadt ist die Arbeitslosenquote in Ost-Berlin deutlich höher als in den neuen Bundesländern. Dabei ist aber die Kurzarbeiterquote vergleichsweise niedriger. Der Grund liegt in der besonderen Struktur der früheren Erwerbstätigkeit: In der Hauptstadt der ehemaligen DDR hatten zentrale staatliche Funktionen ein großes Gewicht. Ein erheblicher Teil davon wurde bereits aufgelöst und die Beschäftigten freigesetzt. Auf der anderen Seite haben solche Wirtschaftszweige, die in den neuen Bundeslän-

Erwerbstätige¹⁾ in Ost-Berlin nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Jahresdurchschnitt in 1 000		
	1989	1990	1991
Land- und Forstwirtschaft	7	6	5
Produzierendes Gewerbe	258	224	157
Energie, Wasserwirtschaft	13	12	12
Verarbeitendes Gewerbe	191	168	111
Bauwirtschaft	54	44	34
Handel und Verkehr	168	159	142
Handel	88	81	68
Verkehr	80	78	74
Dienstleistungen	75	70	68
Staat ²⁾ , private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck	280	240	190
Insgesamt	788	699	562

¹⁾ Inlandskonzept. — ²⁾ Einschließlich Ministerium für Staatssicherheit, Grenztruppen u. ä.
Quellen: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR; Statistisches Amt der Stadt Berlin; Statistisches Landesamt Berlin; Schätzung des DIW.

den einen hohen Anteil an Kurzarbeitern aufweisen, in Ost-Berlin nur eine relativ geringe Bedeutung.

In diesem Jahr werden die Beschäftigungsprobleme in Ost-Berlin deutlich zunehmen. Arbeitsplatzverluste drohen einmal im privatwirtschaftlichen Sektor, insbesondere in der Industrie. Darüber hinaus stehen Entlassungen beim Staat an. Vor allem fällt hier ins Gewicht, daß ein Teil der Personen, die gemäß Einigungsvertrag bis Ende März bzw. Juni in den Wartestand versetzt worden sind, nicht weiterbeschäftigt wird. Im Landesdienst könnte es sich dabei um 15 000 Personen handeln; aus dem Bereich des Bundesdienstes könnten zusätzlich gut 20 000 Personen betroffen sein.

Auf der anderen Seite werden sich in Ost-Berlin auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen. Dies dürfte insbesondere im Dienstleistungsbereich der Fall sein. Auch im Berliner Landesdienst ist vorgesehen, 7 000 Stellen neu zu besetzen. Entlastende Wirkungen sind auch von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu erwarten. Schließlich werden weitere Arbeitskräfte in West-Berlin eine Beschäftigung finden; 1991 wird hier der Arbeitsmarkt allerdings nicht mehr so viele zusätzliche Pendler wie im Vorjahr absorbieren können. Immerhin wird in diesem Jahr jeder zehnte Ost-Berliner Erwerbstätige schon im Westteil der Stadt arbeiten.

Im Jahresdurchschnitt ist in Ost-Berlin mit 130 000 Arbeitslosen zu rechnen. Im Westteil der Stadt wird sich der Bestand an Arbeitslosen kaum verändern.

Im Laufe des Jahres könnte es für Gesamt-Berlin zu einem „Spitzenwert“ von 250 000 Arbeitslosen kommen — jede siebte Erwerbsperson in der Stadt wäre dann ohne Beschäftigung.

Fazit

Im Westteil wird das Wachstum an Dynamik einbüßen; das Bruttoinlandsprodukt wird preisbereinigt um 4 vH höher sein als 1990. Dabei schlägt ein statistischer Überhang stark zu Buche: Selbst wenn die Leistung auf den Stand von Ende 1990 verharren würde, wäre sie im Jahresdurchschnitt um 2,5 vH höher als 1990. Ähnlich ist das Bild bei der Erwerbstätigkeit: Gegenüber dem Vorjahr wird die Zahl der Erwerbstätigen zwar um rund 30 000 höher sein; im Verlauf von 1991 wird sie aber nur um knapp 15 000 steigen. Inzwischen sind eine Million Personen in West-Berlin erwerbstätig.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Ost-Berlin wird weiterhin deutlich von der Umstrukturierung geprägt bleiben; in vielen Bereichen kommt die Anpassung aber schnell voran. Dabei spielen auch von West-Berlin ausgehende positive Impulse eine Rolle. Die Beschäftigungsentwicklung in Ost-Berlin wird weniger ungünstig sein als im übrigen Beitrittsgebiet.

Angesichts der sich für die nächsten Jahre abzeichnenden Finanzprobleme der Stadt sind die Spielräume für die Berliner Wirtschaftspolitik noch geringer als bisher. Eine stärkere Kooperation zwischen der Treuhandanstalt und der Berliner Wirtschaftsförderungsgesellschaft wäre wünschenswert. Dadurch könnte für potentielle Investoren eine noch größere Transparenz über die zum Verkauf stehenden Unternehmen erreicht werden.

Besondere Anstrengungen sind erforderlich, um für Ost-Berliner Jugendliche den Mangel an Ausbildungsplätzen zu beheben. Eine unzureichende berufliche Erstausbildung ist — und das haben gerade die Erfahrungen in West-Berlin gezeigt — eine schwere Hypothek für die Zukunft. Ausbildungsplätze gehen in Ost-Berlin durch Betriebsschließungen oder dadurch verloren, daß die sich umstrukturierenden Betriebe die Berufsausbildung reduzieren oder ganz einstellen. Hinzu kommt, daß jetzt in Ost-Berlin und in den neuen Bundesländern die Ausbildungsgesetze der alten Bundesrepublik gelten — mit der Folge, daß sich für viele Lehrberufe die Ausbildungsgänge verlängern. Das führt dazu, daß selbst bei einer Beibehaltung der Ausbildungskapazitäten die Nachfrage nach Lehrlingen schrumpft. In dieser Situation ist es ein richtiger Schritt, daß in Berlin die staatlichen Ausbildungskapazitäten aufgestockt werden. Dazu kommen müßte eine verstärkte Werbung unter den Jugendlichen für den Besuch weiterführender Schulen. In der ehemaligen DDR war er weit weniger üblich als in den alten Bundesländern. Erforderlich ist auch, daß die Betriebe in Ost-Berlin stärker als bisher bei der Berufsausbildung beratend und

organisatorisch unterstützt werden. Im Westteil der Stadt sollten die Unternehmen keinesfalls die Berufsausbildung reduzieren — auch wenn das wegen der jetzt in großer Zahl verfügbaren Fachkräfte aus Ost-Berlin und dem Ber-

liner Umland kurzfristig ökonomisch rational erscheint. Vielmehr sollten die Ausbildungsbemühungen verstärkt und damit auch Jugendlichen aus Ost-Berlin eine Chance gegeben werden.

Steuerentlastung 1986/90 und Steuerbelastung 1991: Umverteilung der Einkommen von unten nach oben

Die Aufstockung der Finanzmittel zur Ankurbelung der ostdeutschen Wirtschaft und die Beteiligung an den Kriegskosten der Alliierten am Golf sollen über die Anhebung von Steuern und Abgaben finanziert werden. Auf Jahresbasis werden die Mehreinnahmen auf 60 Mrd. DM geschätzt, davon entfallen allein 55 Mrd. DM auf Westdeutschland. Dem Volumen nach werden damit die Steuersenkungen, die in den Jahren 1986 bis 1990 in drei Stufen vorgenommen wurden, wieder rückgängig gemacht. Allerdings werden jetzt die privaten Haushalte anders belastet, als sie damals entlastet wurden: Während die untere Hälfte der Gesamtheit der Lohnsteuerpflichtigen — mit bis zu 45 000 DM Jahreseinkommen — im Saldo belastet wird, werden die oberen 15 Prozent — mit über 80 000 DM Jahreseinkommen — kräftig entlastet. Negative Effekte auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum dürften indes von den geplanten Steuer- und Abgabenerhöhungen kaum ausgehen, da mit deutlich höheren Warenlieferungen insbesondere nach Ostdeutschland gerechnet werden kann.

Zum Steuer- und Abgabepaket 1991

Zur Finanzierung der Zuschüsse an die neuen Bundesländer und zum Ausgleich der Mehrbelastung, die dem Bund aus der Beteiligung an den Kosten des Golfkrieges entstanden sind, hat sich die Bundesregierung nun doch entschlossen, Steuern und Abgaben zu erhöhen.

Mit dem Finanzierungspaket werden hauptsächlich die Arbeitnehmer zur Kasse gebeten. Dies gilt besonders für die schon beschlossene — vom 1. April 1991 an wirksame — Anhebung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung um 2,5 vH-Punkte auf nunmehr 6,8 vH (nach dem 1.1.92: 6,3 vH) bei gleichzeitiger Senkung der Rentenversicherungsbeiträge um 1 vH-Punkt auf 17,7 vH. Insgesamt bringt dies bis zu 15 Mrd. DM pro Jahr mehr in die Kassen der westdeutschen Sozialversicherung; hinzu kommen noch Mehreinnahmen für die Sozialversicherung in Ostdeutschland, die insgesamt mit gut 1½ Mrd. DM zu Buche schlagen¹. Selbständige und Beamte sind, weil sie keine Beiträge entrichten müssen, von der Finanzierung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland freigestellt.

Die Bundespost muß vom 1. April 1991 an eine erhöhte Gewinnablieferung an den Bundeshaushalt leisten, die jährlich auf etwa 2½ Mrd. DM zu veranschlagen ist. Die privaten Haushalte und Unternehmen werden folglich höhere Telefongebühren bezahlen müssen.

Kernstück des geplanten Steuer- und Abgabepakets '91 bildet ein befristeter Zuschlag in Höhe von 7,5 vH auf die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer. Der Zuschlag soll vom 1. Juli 1991 an bis zum 30.6.1992 von der Steuerschuld erhoben werden. Auf Jahresbasis berechnet bedeutet dies Einnahmen von 20 Mrd. DM. Die Mindereinnahmen (1,5 Mrd. DM), die aus der Anhebung der Kilometerpauschale um 15 Pf auf 65 Pf entstehen, sind in diesem Betrag berücksichtigt. Auf die Steuerzahler in Ostdeutschland entfallen 0,7 Mrd. DM.

Die übrigen Komponenten des Pakets betreffen Steuern, die teilweise schon zur Finanzierung der

3-stufigen Reform der direkten Steuern 1986/90 herangezogen wurden. Die Bundesregierung plant, die Steuern wie folgt zu erhöhen:

- Die Anhebung der Mineralölsteuer um 22 Pf je Liter für bleifreies und um 25 Pf für bleihaltiges Benzin sowie um 10 Pf je Liter für Dieselmotorkraftstoff. Das führt zu jährlichen Mehreinnahmen von gut 10½ Mrd. DM in Westdeutschland. Dazu kommen noch einmal knapp 2 Mrd. DM aus der Anhebung der Steuersätze bei der Heizöl-, Erdgas- und Kfz-Steuer für Diesel-Pkw. Die Mehreinnahmen in Ostdeutschland belaufen sich auf insgesamt 1½ Mrd. DM.
- Aus der Erhöhung der Tabaksteuer um einen Pf je Zigarette am 1.3.1992 fließen jährlich gut 1 Mrd. DM aus dem Westen in die Bundeskasse, hinzu kommen 400 Mill. DM von Rauchern in Ostdeutschland.
- Bei der Versicherungssteuer soll der Steuersatz von 7 auf 10 vH der Versicherungsbeiträge steigen. Hieraus sind Mehreinnahmen von etwa 2 Mrd. DM pro Jahr zu erwarten.

Die Satzanhebungen bei den Verbrauchsteuern, z.B. Mineralöl- und Tabaksteuer, werden von den Unternehmen vermutlich voll in den Verbraucherpreisen weitergegeben und erhöhen somit die Bemessungsgrundlage bei den Steuern vom Umsatz, mit der Folge, daß dies Mehreinnahmen von knapp 2 Mrd. DM in Westdeutschland erbringen wird (Umsatzsteuerplus in Ostdeutschland: 300 Mill. DM).

Die Mehrbelastungen aus dem Steuerpaket '91 summieren sich für Unternehmen und private Haushalte in Westdeutschland auf fast 37 Mrd. DM pro Jahr. Stellt man zudem die höheren Sozialbeiträge und Telefongebühren in Rechnung, so kann der Staat mit Mehreinnahmen von 55 Mrd. DM — auf Jahresbasis — rechnen. Für den Ostteil des Landes lassen sich die Mehreinnahmen auf

¹ Vgl. Zur Finanzsituation der Sozialversicherungen in West- und Ostdeutschland. Bearb.: Volker Meinhardt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 8/1991.

Tabelle 1

Mehreinnahmen durch Steuer- und Abgabepaket '91 und '93¹⁾
12 Monate volle Wirksamkeit²⁾

Steuer- und Abgabenart	Einheit	Bemessungs- grund- lage		Westdeutschland			Ostdeutschland			Bundesrepublik		
				Mehrbelastung in Mrd. DM								
				Ins- gesamt	Private Haushalte	Unter- nehmen	Ins- gesamt	Private Haushalte	Unter- nehmen	Ins- gesamt	Private Haushalte	Unter- nehmen
Zuschlag zur LSt, ESt	Mrd. DM	243,2	7,5 %	18,2	14,6	3,6	0,7	0,6	0,1	18,9	15,2	3,7
Zuschlag KSt	Mrd. DM	33,5	7,5 %	2,5		2,5	0,1	0	0,1	2,6	0	2,6
Km-Pauschale				-1,4	-1,4		-0,1	-0,1	0	-1,5	-1,5	0
Summe I	Mrd. DM			19,3	13,2	6,2	0,7	0,5	0,2	20,0	13,7	6,4
Benzin, verbleibt	Mill. HI	92,0	25 Pfg./l	2,3	1,7	0,6	0,4	0,3	0,1	2,7	2,0	0,7
Benzin, unverbleibt	Mill. HI	276,0	22 Pfg./l	6,1	4,6	1,5	0,7	0,5	0,2	6,8	5,1	1,7
Diesel	Mill. HI	22,0	10 Pfg./l	2,2	0,6	1,7	0,3	0,1	0,2	2,5	0,7	1,9
Summe II				10,6	6,8	3,7	1,4	0,9	0,5	12,0	7,7	4,2
Versicherungsteuer			3%-Punkte	2,0	1,8	0,2	0,2	0,2	0,1	2,2	2,0	0,3
Tabaksteuer	Mrd. Stück	121,0	1Pfg./Stück	1,2	1,2	0	0,4	0,4	0	1,6	1,6	0
Heizölsteuer	Mill. HI	30,3	2,34 Pfg./l	0,7	0,5	0,2	0,1	0	0,1	0,8	0,5	0,3
Erdgassteuer			1 Pfg.	0,6	0,2	0,4	0,1	0	0,1	0,7	0,2	0,5
Kfz-Steuer				0,5	0,3	0,2	0,1	0,1	0	0,6	0,4	0,2
USt-Wirkung				2,0	2,0	0	0,3	0,3	0	2,3	2,3	0
Summe III				7,0	6,0	1,0	1,2	1,0	0,3	8,2	7,0	1,2
Summe IV = I + II + III	Mrd. DM			36,9	26,0	10,9	3,3	2,4	1,0	40,2	28,4	11,9
Anteil in vH				100	71	30	100	71	29	100	71	30
Sozialversicherung	Mrd. DM		+ 1,5% netto	15,3	7,4	7,9	1,7	0,7	0,8	17,0	8,1	8,7
Telefongebühren (Postabl.)	Mrd. DM			2,5	1,5	1,0	0,2	0,1	0,1	2,7	1,6	1,1
Steuer/Abgabepaket '91 insgesamt	Mrd. DM			54,7	34,9	19,8	5,2	3,1	1,9	59,8	38,0	21,7
Anteil in vH				100	64	36	100	60	36	100	64	36
Wegfall Vermögensteuer	Mrd. DM			-6,5	-0,8	-5,7						
Wegfall Gewerbesteuer	Mrd. DM			-2,5	0	-2,5						
Anhebung USt um 2 vH-Punkte				21,0	21,0	0						
Wegfall Zuschlag LSt, ESt, KSt				-20,7	-14,6	-6,1						
Steuerpaket '93				-8,7	5,6	-14,3						
Paket '91 + Paket '93, insgesamt	Mrd. DM			46,0	40,5	5,5						
Anteil in vH				100	88	12						

1) Die Aufteilung der Steuer- und Abgabenbelastung auf private Haushalte und Unternehmen ist wegen der Überschneidungen zwischen Selbständigen-Haushalten und Unternehmenssektor problematisch. — 2) Ohne Mengenreaktionen. — Abweichungen in den Summen durch Runden.
Quelle: Schätzungen des DIW.

schätzungsweise 5 Mrd. DM veranschlagen. Allein im Jahr 1991 können Bund und Sozialversicherungen 35 Mrd. DM zusätzlich in die Haushalte einstellen.

Die Bundesregierung hat „angedeutet“, daß nach dem Wegfall des 7,5-prozentigen Zuschlags zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer die Vermögen- und Gewerbesteuer beseitigt werden könnte; als Ausgleich käme eine Anhebung der Mehrwertsteuersätze in-

frage. Dies würde die problematischen Verteilungswirkungen des Steuer- und Abgabepaketes indes erheblich verstärken. Insgesamt würden durch eine solche Umschichtung Unternehmen und private Haushalte in Westdeutschland nur mit 46 statt 55 Mrd. DM pro Jahr belastet; allerdings würden die privaten Haushalte stärker in die Pflicht genommen, während die Belastung der Unternehmen sich rechnerisch — von 20 auf 6 Mrd. DM — reduzierte.

Verteilungseffekte

Von besonderem Interesse für den Steuerzahler ist die Frage, wie sich das geplante Paket auf sein verfügbares Einkommen auswirkt. Im Gesamtergebnis wird den Lohnsteuerzahlern mit dem neuen Paket fast alles wieder genommen, was ihnen über die Steuerreform in den Jahren 1986 bis 1990 gegeben wurde.

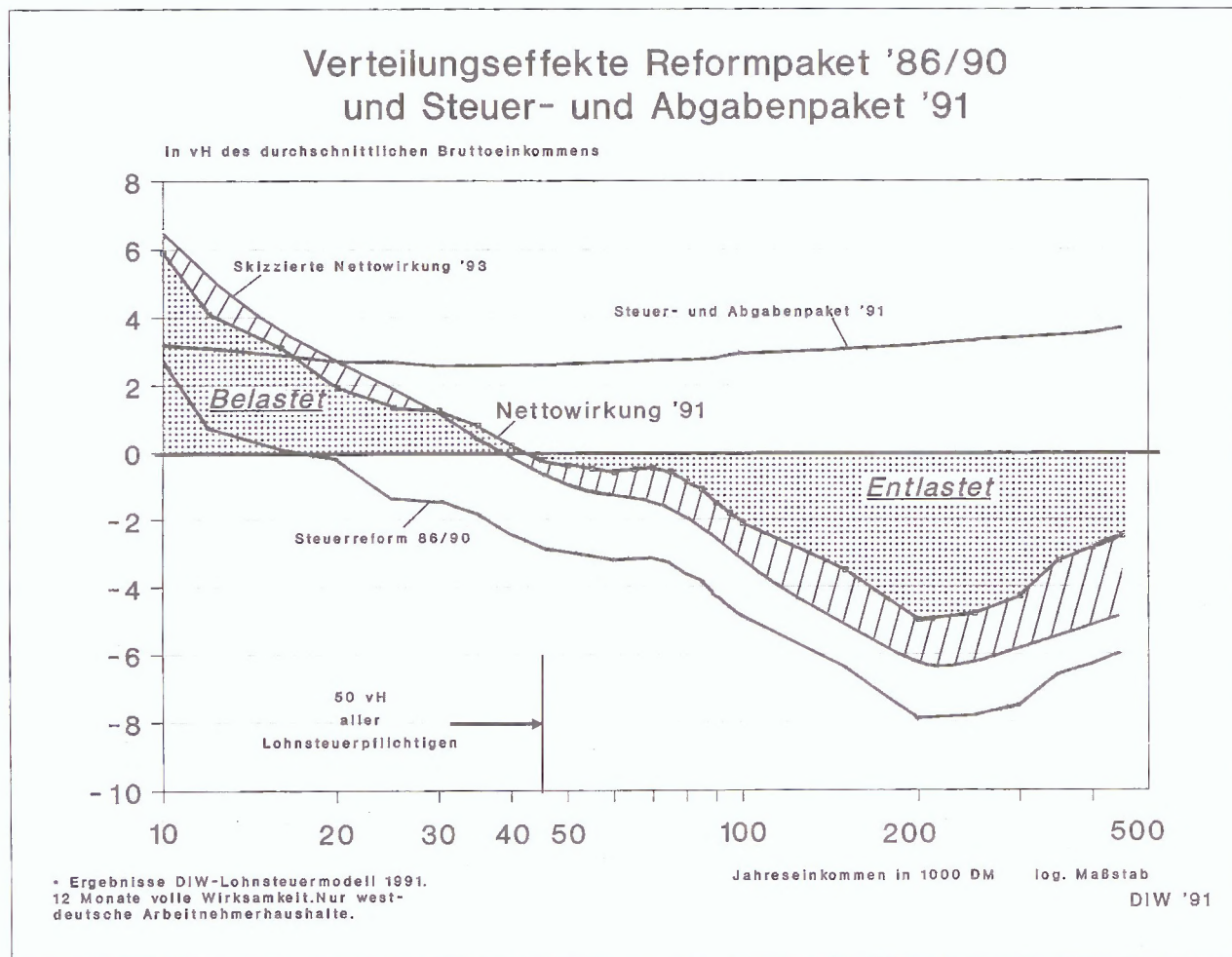
Mit Hilfe eines im DIW entwickelten Lohnsteuermodells wurden die Verteilungswirkung und die gesamte Mehrbelastung aus dem Steuer- und Abgabepaket '91 für Haushalte von Arbeitnehmern in Westdeutschland berechnet². Im nächsten Schritt sind dann die Nettoeffekte aus dem neuen Paket und der Steuerreform 86/90 — fortgeschrieben auf das Jahr 1991 — ermittelt worden (vgl. Schaubild: Verteilungseffekte Reformpaket '86/90 und Steuer- und Abgabepaket '91). Die Verteilungswirkungen werden jeweils in vH des durchschnittlichen Bruttoeinkommens je Lohnsteuerpflichtigen ausgewiesen.

Die untere Kurve „Steuerreform '86/90“ zeigt die Gesamtwirkungen der 3-stufigen Tarifänderung, einschließlich der Verbrauchsteueranhebungen. Da Lohnsteuerpflichtige bis etwa 20 000 DM Bruttoeinkommen pro Jahr

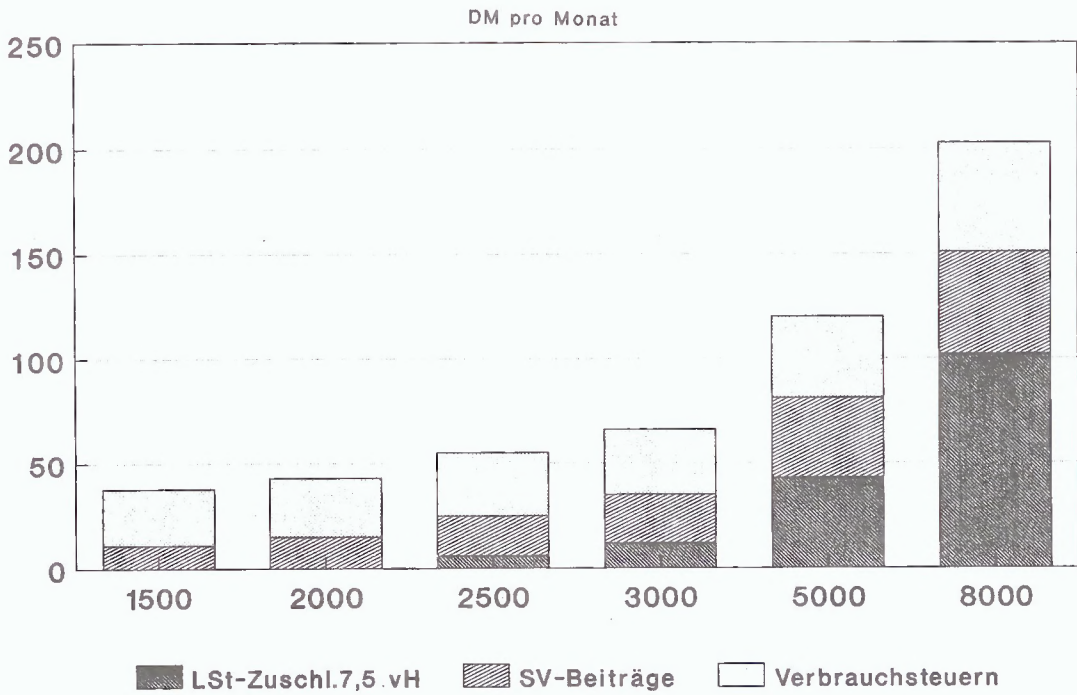
entweder keine oder nur wenig Einkommensteuer zahlten, wurden sie durch die Erhöhung von Verbrauchsteuern (z.B. Mineralöl-, Versicherungs- und Tabaksteuer) per Saldo belastet. Mit zunehmendem Einkommen ergeben sich dann Entlastungen, die ständig zunehmen und bei 200 000 DM mit knapp 8 vH des Einkommens ihr relatives Maximum erreichen. Hier wirkt sich die Einführung des linearen Einkommensteuertarifs am stärksten aus. Die Mehrheit der Steuerpflichtigen, die in Einkommens-kategorien von 40 000 DM bis 100 000 DM angesiedelt ist, erzielte infolge dieser Reform Steuerersparnisse von 3 bis 6 vH.

Den Belastungsverlauf, der sich für Arbeitnehmerhaushalte aus dem geplanten Steuer- und Abgabepaket '91 ergibt, zeigt die obere Kurve „Steuer- und Abgabepaket '91“. Im unteren Einkommensbereich überwiegt die regressive Wirkung der indirekten Komponenten des Pakets, während im oberen Bereich der progressive Effekt des Zuschlags zur Einkommensteuer dominiert. Doch va-

² Die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen und ihre Einkommen wurde für das Jahr 1991 fortgeschrieben. Für alle Lohnsteuerpflichtigen (24 Mill.) errechnet das Modell eine Mehrbelastung von 31 Mrd. DM.



Belastung durch Steuer/Abgabepaket '91 Arbeitnehmerhaushalt LST. - Kl. III/2



DIW '91

riert die prozentuale Belastung nur innerhalb eines schmalen Bandes. Sie reicht von gut 3 vH des Bruttoeinkommens im unteren Einkommensbereich über 2,5 vH im mittleren bis zu etwa 4 vH in den oberen Einkommenschichten. Ein Arbeitnehmerhaushalt (verheiratet, 2 Kinder) mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 2 000 DM ist von dem Zuschlag zur Lohnsteuer nicht betroffen, wird aber durch höhere Sozialbeiträge und Verbrauchsteuern mit etwa 50 DM pro Monat belastet. Bei einem Haushalt mit 8 000 DM Monatseinkommen sind es im Durchschnitt gut 200 DM; in diesem Haushalt schlägt allein der Zuschlag zur Lohnsteuer mit etwa 100 DM zu Buche. Auf Haushalte in Ostdeutschland, die in die Rechnungen nicht einbezogen werden konnten, lassen sich die Belastungsbeispiele weitgehend übertragen. Bezogen auf ihr Einkommen und seine Verwendungsstruktur werden es vermutlich ebenfalls durchschnittlich 3 vH sein.

Die mittlere Kurve „Nettowirkung '91“ zeigt den Saldo aus der Steuerreform 86/90 und dem Steuer- und Abgabepaket '91. Aus ihrem Verlauf wird erkennbar, daß etwa

die Hälfte aller Lohnsteuerpflichtigen (12 Mill.) unter dem Strich zu den Verlierern gerechnet werden muß. Haushalte mit bis zu 45 000 DM Jahreseinkommen behalten von den Entlastungen, die ihnen die Reform 86/90 beschert hatte, nichts übrig — im Gegenteil, sie müssen sogar noch erheblich draufzahlen. In Einkommensbereichen von 45 000 bis etwa 80 000 DM, in denen knapp ein Drittel der Lohnsteuerpflichtigen angesiedelt ist, wird die Nettowirkung kaum spürbar. In Einkommensbereichen darüber verbleiben auch unter dem Strich bemerkenswerte Entlastungen. Als Folge der Struktur der Steuerreform 86/90 sind hier die Entlastungsbeträge so hoch, daß sie auch durch die zusätzlichen Abgaben nach dem neuen Paket nicht aufgezehrt werden.

Verwirklicht die Bundesregierung 1993 ein Umschichtungspaket, bei dem der Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer fristgemäß wegfällt, die Vermögen- und Gewerbesteuer beseitigt wird und dafür die Umsatzsteuersätze um 2 vH-Punkte steigen, dann werden die Verteilungseffekte zugunsten hoher Einkommen noch größer. Die Kurve „Skizzierte Nettowirkung '93“ soll die

Wirkung einer solchen Umschichtung verdeutlichen: In den unteren Einkommensbereichen ist dann die Belastung aus der Mehrwertsteuererhöhung größer als die Entlastungswirkung aus dem Wegfall des 7,5 prozentigen Zuschlags, die Belastung steigt also. Ein völlig anderes Bild ergibt sich für die mittleren und oberen Einkommensbereiche: Nach Abschaffung des Lohnsteuerzuschlags erhöht sich auch nach Abzug der Mehrbelastung durch die gestiegenen Umsatzsteuersätze die Entlastung. Für die obere Hälfte der Lohnsteuerpflichtigen verläuft die Kurve „Skizzierte Nettowirkung '93“ deutlich unter der alten Kurve „Nettowirkung '91“, d.h. die Entlastung ist noch größer als vorher.

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen

Bisher wurden die Verteilungseffekte für die Lohnsteuerpflichtigen isoliert auf der Einnahmenseite betrachtet, ohne die Rückwirkungen erhöhter Staatsausgaben in die Rechnungen mit einzubeziehen. Dies soll jetzt nachgeholt werden. Dabei wird auf die DIW-Version des ökonomischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute für Westdeutschland zurückgegriffen³. Bei den Modellsimulationen wird das Steuer- und Abgabepaket '91 nach zwei Jahren durch ein Paket '93 ersetzt: Darin wird der befristete Zuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer durch eine Anhebung der Mehrwertsteuersätze um 2 vH-Punkte (ermäßigter Satz: + 1 vH-Punkt) ersetzt und gleichzeitig die Vermögen- und Gewerbesteuer abgeschafft (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2

Vorgaben zu den Simulationen der geplanten Steuer- und Abgabenerhöhungen in Westdeutschland*
Abweichungen zwischen Basis- und Alternativsimulation
in Mrd. DM pro Jahr

	Paket '91	Paket '93
Einnahmen ¹⁾	54,7	46,0
Ausgaben	40	40
Staatsverbrauch	5	5
Subventionen	5	5
Vermögensübertragungen an das Ausland bzw. Ostdeutschland	30	30
Finanzierungssaldo ²⁾	+ 14,7	+ 6,0
Exporte (zu Preisen von 1980, einschl. Ostdeutschland)	16	16

* Die Simulation wurde für die Jahre 1988 bis 1991 durchgeführt. Bei der Erhöhung indirekter Steuern wurde volle Preisüberwälzung unterstellt. — ¹⁾ Vgl. Tabelle 1. — ²⁾ +: Defizitabnahme; nur direkte rechnerische Effekte.

Quelle: Schätzungen des DIW.

Von besonderer Bedeutung für die gesamtwirtschaftlichen Effekte ist die Frage, wie der Staat die zusätzlichen Mittel verwendet. Aufgrund der nicht zulässigen Verknüpfung von Steuermehreinnahmen mit bestimmten Ausgaben (Nonaffektationsprinzip) wird über die tatsächliche Mittelverwendung erst im Kontext der konkreten finanzpolitischen und gesamtwirtschaftlichen Situation entschieden.

In der gegenwärtigen Situation sind größere finanzielle Anstrengungen für das Ankurbeln der ostdeutschen Wirtschaft unausweichlich. Zusammen mit dem Steuer- und Abgabepaket '91 wurde das „Gemeinschaftswerk für mehr Beschäftigung und Investitionen in den neuen Bundesländern“ mit einem Volumen von 12 Mrd. DM in diesem Jahr verabschiedet. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Neuregelung der Umsatzsteuerverteilung die neuen Bundesländer in vollem Umfang an dieser Steuer beteiligt. Zudem verzichtet der Bund auf seinen Anteil aus den Mitteln des „Fonds deutsche Einheit“. Er beteiligt sich zudem an der Finanzierung des Golfkrieges und an den Kosten im Zusammenhang mit dem Abzug sowjetischer Truppen aus Ostdeutschland. Für die Modellrechnungen wird im folgenden unterstellt, daß von den gesamten Mehreinnahmen durch das Steuer- und Abgabepaket '91 etwa 30 Mrd. DM pro Jahr für zusätzliche Übertragungen an das Ausland bzw. Zuschüsse an Ostdeutschland verwendet werden. Es ist zu vermuten, daß etwa zwei Drittel dieser Transfers über Güterkäufe u.a. nach Westdeutschland zurückfließen.

Die kräftigen Steuer- und Abgabenerhöhungen erlauben den öffentlichen Haushalten Westdeutschlands einen weniger restriktiven Ausgabenkurs. Dies dürfte sich insbesondere in einem höheren Staatsverbrauch und geringeren Kürzungen bei den Subventionen niederschlagen. Die Höhe des Betrages, der nun nicht „eingespart“ werden muß, kann nur grob geschätzt werden. Für die Modellsimulationen wurde die Annahme getroffen, daß Staatsverbrauch und Subventionen gegenüber dem Status quo um jeweils 5 Mrd. DM jährlich höher sind. Rein rechnerisch bleibt dann eine Verminderung der öffentlichen Nettokreditaufnahmen von jährlich 7 bis 15 Mrd. DM in Westdeutschland und von 5 Mrd. DM in Ostdeutschland erhalten. Dies setzt allerdings schon voraus, daß von den hier unterstellten Veränderungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite des Staatshaushalts keine nennenswerten restriktiven Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft ausgehen.

In Tabelle 3 sind die Simulationsergebnisse für die beiden Pakete der Steuer- und Abgabenerhöhungen ausgewiesen, und zwar als prozentuale Abweichungen zwischen den absoluten Werten der Basissimulation und der

³ Vgl. Modelldokumentation im Anhang von Zwiener, R.: Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft. Beiträge zur Strukturforschung des DIW, Heft 110, Berlin 1989.

Tabelle 3
Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der geplanten Steuer- und Abgabenerhöhungen in Westdeutschland*
 Durchschnittliche Abweichungen zwischen Basis- und Alternativsimulation innerhalb von jeweils zwei Jahren in vH

	Paket '91)	Paket '93)
Erwerbstätige	-0,1	-0,2
Produktivität je Erwerbstätigen	-0,0	-0,2
Bruttoinlandsprodukt, real	-0,2	-0,5
Privater Verbrauch, real	-2,5	-3,0
Staatsverbrauch, real	1,1	0,9
Anlageinvestitionen, real	-0,6	-1,0
Ausrüstungsinvestitionen, real	-0,9	-1,5
Bauinvestitionen, real	-0,4	-0,6
Exporte, real	2,6	2,2
Importe, real	-0,7	-1,2
Bruttosozialprodukt, nominal	0,3	0,8
Preisindex des privaten Verbrauchs	0,9	2,4
Preisindex des Bruttosozialprodukts	0,5	1,3
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	0,6	0,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit u. Vermögen	-0,5	-0,7
Volkseinkommen	0,2	0,1
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	-3,3	-1,2
Nettoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit u. Vermögen	-1,8	0,7
Lohnstückkosten	0,8	0,9
nachrichtlich:		
Geldmarktzins (in %-Punkten)	-0,3	0,2
Kapitalmarktzins (in %-Punkten)	-0,2	0,1
Öffentlicher Finanzierungssaldo (in Mrd. DM) ³⁾	10,3	5,5
Beschäftigte (in 1000 Pers.)	-45,0	-70,0

* Die Simulation wurde für die Jahre 1988 bis 1991 durchgeführt. — 1) Vgl. Tabelle 2, Paket '91 der geplanten Steuer- und Abgabenerhöhungen. — 2) Vgl. Tabelle 2, Paket '93; im Unterschied zum Paket '91 wird der Zuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer um 2 vH-Punkte ersetzt und gleichzeitig die Vermögen- und Gewerbesteuer nicht mehr erhoben. — 3) -: Defizitzunahme.
 Quelle: Schätzungen des DIW.

Alternativsimulation. Es zeigt sich, daß das Paket '91 wachstumsneutral ist. Das reale Bruttosozialprodukt ändert sich kaum (-0,2 vH). Die aus den höheren Transfers resultierenden stärkeren Exporte und der etwas höhere Staatsverbrauch wirken stabilisierend und gleichen die Entzugseffekte, die für sich genommen von den Steuererhöhungen ausgehen, weitgehend aus. Die Preise steigen — als Folge der Überwälzung — etwa in dem Umfang, wie es der indirekten Steueranhebung entspricht; die Jahresrate erhöht sich um 0,5 vH-Punkte. Die Nettoein-

kommen der Arbeitnehmer werden stärker getroffen als die der Unternehmer. Die öffentlichen Haushalte können die Nettokreditaufnahme um jährlich 10 Mrd. DM (in der westdeutschen Abgrenzung) niedriger halten. Angesichts der zu erwartenden Defizite der Gebietskörperschaften in der Größenordnung von 130 Mrd. DM ist der Konsolidierungserfolg zwar nur bescheiden; doch gelingt dies immerhin ohne nennenswerte Beeinträchtigung des Wachstumsprozesses im Westteil der Bundesrepublik und einem gleichzeitig hohen Ressourcentransfer von West nach Ost, der im Ostteil der Bundesrepublik zu einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt.

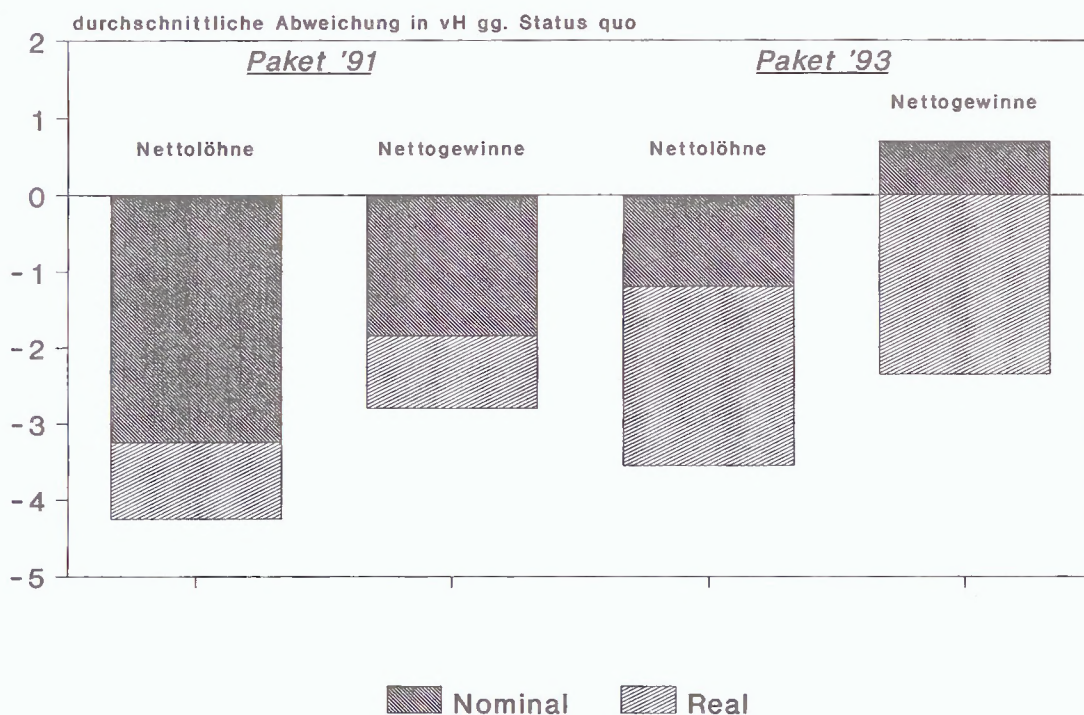
Nimmt man alles zusammen, so fällt das Urteil über die konjunkturellen Wirkungen, die das Steuer- und Abgabepaket '91 hat, in der Tendenz positiv aus, während die mit Hilfe des gesamtwirtschaftlichen Modells ermittelten Verteilungswirkungen problematisch sind. Danach werden die Lohnsteuerpflichtigen aufgrund der Struktur der Steuer- und Abgabenerhöhungen relativ gleichmäßig, die Gruppe der Selbständigen hingegen weit weniger belastet (vgl. Schaubild „Verteilungseffekte des Steuer- und Abgabepakets '91 und '93“). Bezieher von Transfereinkommen werden anfangs „nur“ im Umfang der induzierten Preissteigerungen an den Finanzierungslasten beteiligt. Mit dem Übergang zum Paket '93 — Auslaufen des Zuschlags zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer bei gleichzeitigem Wegfall der Vermögen- und Gewerbesteuer und Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 vH-Punkte — werden allerdings auch die Transfereinkommensbezieher stärker zur Finanzierung herangezogen. Ihre realen Einkommen fallen um 2½ vH gegenüber dem Status quo zurück. Mit dem Paket '93 wird die Finanzierung dann vollständig über indirekte Steuern und Abgaben vorgenommen, wobei der überwiegende Teil der Abgaben von den Arbeitnehmern aufgebracht wird. Die Abschaffung der Vermögen- und Gewerbesteuer begünstigt überwiegend den Unternehmenssektor.

Fazit

Die Finanzierung der Kosten zum Wiederaufbau Ostdeutschlands und der Zahlungen an die Alliierten wegen des Golfkrieges sowie an die Sowjetunion durch höhere Abgaben ist sozial unausgewogen, denn sie belastet Selbständige und auch Beamte deutlich geringer. Bei all diesen Maßnahmen sollte die gesamte Gesellschaft in einer Differenzierung nach der Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Lediglich das mit der Mineralölsteuererhöhung verbundene regressive Belastungselement muß hingenommen werden, wenn man ökologischen Gesichtspunkten stärker Rechnung tragen will.

Bei zukünftigen finanzpolitischen Beschlüssen sollte die soziale Ausgewogenheit wieder hergestellt werden.

Verteilungseffekte des Steuer- und Abgabepakets '91 und '93



* Ergebnisse des DIW-Konjunkturmodells unter Einschluß der Mittelverwendung.
 Simulationszeitraum je Paket: 2 Jahre.

DIW '91

Es böte sich an, den Zuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht schon nach einem Jahr abzuschaffen, sondern den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zu senken. Damit könnte einer der größten Mängel beseitigt werden, daß nämlich Selbständige und Beamte nicht zur Finanzierung der allgemeinen Arbeitsmarktprobleme in Ostdeutschland herangezogen werden. Eine Verschiebung der Anhebung der Beamtenbezüge um zwei oder drei Monate wäre keine adäquate Beteiligung dieser Gruppe an den Kosten, da sie faktisch nur für ein Jahr wirksam ist.

Angesichts der nach wie vor hohen Anspannung der öffentlichen Haushalte macht der geplante Wegfall der Vermögensteuer — immerhin 6½ Mrd. DM — sowohl aus wachstums- als auch unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten keinen Sinn. Die mit der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verbundenen Minder-einnahmen ließen sich über eine Anhebung des Mehrwertsteuersatzes um 1 vH-Punkt weitgehend ausgleichen. Durch ein solches Bündel an Korrekturen würden alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßiger an den Kosten für den Wiederaufbau Ostdeutschlands beteiligt.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland

Aktuelle Arbeitsmarktentwicklung

Die regionalen Teilarbeitsmärkte in Ost- und Westdeutschland haben sich weiter auseinander entwickelt, wenn auch im Februar weniger stark als zu Beginn des Jahres. Im gesamten Bundesgebiet waren im Februar 6,9 vH der zivilen Erwerbspersonen ohne Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote in Westdeutschland lag bei 6,3 vH, die in Ostdeutschland bei 8,9 vH. Einschließlich der auf Vollzeitbeitslose umgerechneten Kurzarbeiter beträgt die Quote in Ostdeutschland 21 vH. Entlastend für den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland ist die große Zahl von Pendlern, die am Jahresende etwa 200 000 betrug.

Für eine Analyse des Ausmaßes der Erwerbslosigkeit bietet es sich an, nicht nur die Bestandsgröße Arbeitslosigkeit zu betrachten, sondern auch die sie bestimmenden Zugänge und Abgänge einzubeziehen. Aus der Betrachtung dieser beiden Größen lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, ob der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf hohe Zugangsquoten oder geringe bzw. sinkende Abgangsquoten¹ (und damit sinkende Vermittlungswahrscheinlichkeiten) zurückzuführen ist.

Bei einem Vergleich zwischen den Zugangs- bzw. Abgangsquoten in Ostdeutschland und Westdeutschland ist zunächst überraschend, daß die Zugangsquote in Ost- und Westdeutschland — also die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit des Arbeitsplatzverlustes — auf beiden Arbeitsmärkten im Durchschnitt des zweiten Halbjahres gleich groß war. Dabei ist allerdings die starke Zunahme der Kurzarbeit nicht berücksichtigt. Die Abgangsquoten und damit die Wahrscheinlichkeiten, aus der Arbeitslosigkeit auszuschneiden, differieren in den alten und den neuen Bundesländern aber erheblich. Die Abgangsquote dagegen, also die Chance, einen Arbeitsplatz aus der Arbeitslosigkeit heraus zu finden, war im Westen doppelt so groß. Hinzu kommt, daß in Ostdeutschland etwa 20 vH der Abgänge aus Arbeitslosigkeit Arbeitsvermittlungen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind. Die geringen Vermittlungschancen für Arbeitslose in Ostdeutschland zeigen sich auch in der geringen Anzahl offener Stellen. Während in Westdeutschland zur Zeit auf eine gemeldete offene Stelle sechs Arbeitslose entfallen, sind es in Ostdeutschland rund 35.

Beschäftigung und Einkommen in Deutschland im vierten Quartal 1990²

Sektorale Beschäftigungsentwicklung in Westdeutschland

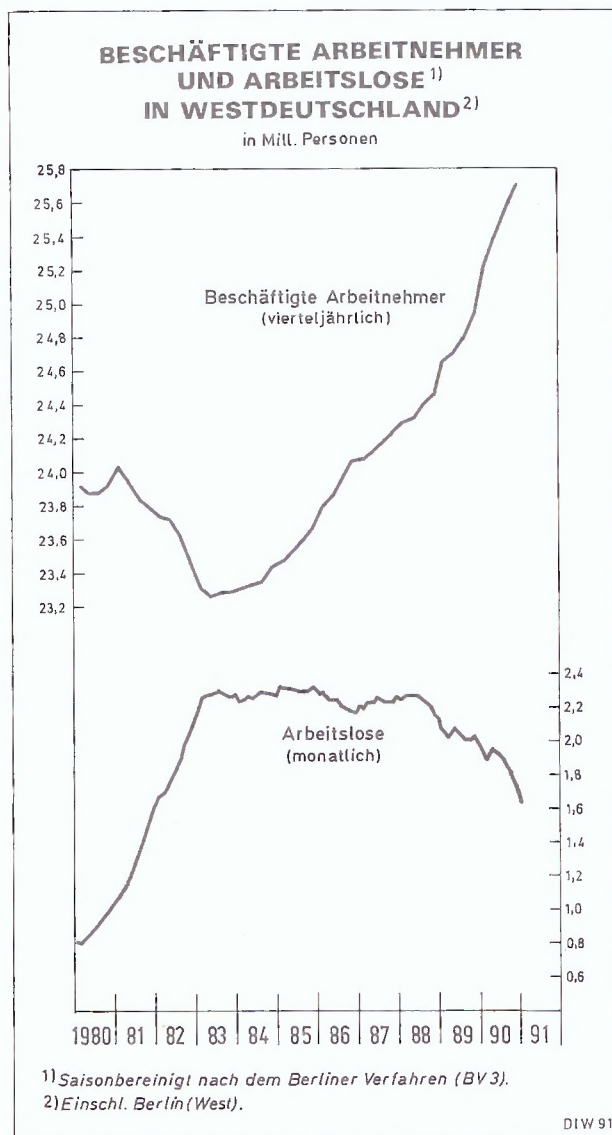
Die Zahl der Beschäftigten (ohne Pendler) stieg im vierten Quartal des vergangenen Jahres um 135 000; sie war damit um 750 000 oder 3,0 vH höher als im entspre-

¹ Die Zugangsquote ist der Quotient aus den Zugängen und der Zahl der Erwerbstätigen der Vorperiode. Die Abgangsquote ist das Verhältnis aus den Abgängen aus Arbeitslosigkeit und dem Bestand an Arbeitslosen der Vorperiode.

² Zum Zeitpunkt der Berechnung der in diesem Bericht analysierten Daten lagen noch keine revidierten Eckdaten des Statistischen Bundesamtes vor. Die Daten können sich daher von denjenigen unterscheiden, die vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht werden.

Eine sektoral disaggregierte Analyse der Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung für Ostdeutschland ist derzeit noch nicht in dem Umfang wie für Westdeutschland möglich.

Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — saisonbereinigte Zeitreihen der Beschäftigten und Arbeitslosenentwicklung. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen.



Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in Westdeutschland²⁾
im 4. Quartal 1990

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen									Veränderung gegen- über Vorjahr in vH		
	Männer				Frauen				Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
Gesamt	Arbeiter	Ang.u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Arbeiter	Ang.u. Beamte	Auszu- bildende					
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	169	119	31	19	67	40	17	10	236			
Bergbau	165	120	32	13	5	1	4	0	170	-5,7	0,0	-5,6
Energiewirtschaft	233	132	89	12	38	9	26	3	271	3,1	0,0	2,7
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	6131	4033	1692	406	2356	1379	845	132	8487	3,0	3,7	3,2
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1179	778	341	60	266	102	150	14	1445	0,8	1,1	0,8
Investitionsgüter	3425	2171	1014	240	1012	565	404	43	4437	3,2	3,3	3,2
Verbrauchsgüter	1072	767	242	63	748	540	173	35	1820	2,9	3,5	3,1
Nahrungs- und Genußmittel	455	317	95	43	330	172	118	40	785	7,8	7,5	7,7
Baugewerbe	1558	1233	196	129	169	21	135	13	1727	3,5	4,3	3,5
Produzierendes Gewerbe	8087	5518	2009	560	2568	1410	1010	148	10655	2,9	3,6	3,1
Handel	1668	531	1051	86	2033	295	1617	121	3701	4,8	4,6	4,7
Verkehr ⁴⁾	1127	527	555	45	356	102	237	17	1483	1,4	2,0	1,6
Handel und Verkehr	2795	1058	1606	131	2389	397	1854	138	5184	3,4	4,2	3,8
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	2486	371	2077	38	1712	250	1395	67	4198	0,4	0,6	0,5
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	477	16	427	34	498	33	430	35	975	2,8	3,1	3,0
Gastgewerbe	251	140	89	22	379	216	131	32	630	1,2	1,1	1,1
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	267	226	32	9	761	633	79	49	1028	5,1	5,0	5,0
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	1154	283	809	62	1769	314	1202	253	2923	5,2	4,6	4,8
Dienstleistungen, gesamt	4635	1036	3434	165	5119	1446	3237	436	9754	2,1	2,9	2,5
Insgesamt	15686	7731	7080	875	10143	3293	6118	732	25829	2,7	3,4	3,0
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	1476	960	469	47	462	256	182	24	1938	5,2	5,7	5,3
Bergbau	2752	1892	801	59	78	11	67	0	2830	3,4	6,8	3,5
Energiewirtschaft	3051	1618	1391	42	423	79	334	10	3474	7,0	4,2	6,7
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	88362	51032	36183	1147	23256	11326	11563	367	111618	8,3	9,1	8,5
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	19230	10785	8263	182	3328	988	2298	42	22558	5,1	5,3	5,2
Investitionsgüter	50512	28296	21551	665	10742	5003	5621	118	61254	8,9	9,3	9,0
Verbrauchsgüter	13308	8502	4619	187	6468	4163	2202	103	19776	9,8	10,4	10,0
Nahrungs- und Genußmittel	5312	3449	1750	113	2718	1172	1442	104	8030	11,4	10,6	11,1
Baugewerbe	18482	14443	3648	391	1670	192	1440	38	20152	12,6	12,8	12,6
Produzierendes Gewerbe	112647	68985	42023	1639	25427	11608	13404	415	138074	8,9	9,3	8,9
Handel	18251	4548	13501	202	15264	1956	13030	278	33515	9,9	10,1	10,0
Verkehr ⁴⁾	13656	5649	7879	128	3529	746	2735	48	17185	6,1	7,0	6,3
Handel und Verkehr	31907	10197	21380	330	18793	2702	15765	326	50700	8,2	9,5	8,7
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	33390	4387	28884	119	19541	2034	17301	206	52931	5,3	5,8	5,5
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	7454	183	7155	116	5763	294	5351	118	13217	7,6	8,1	7,8
Gastgewerbe	2124	1075	997	52	2088	1131	886	71	4212	5,0	5,3	5,2
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	1933	1546	368	19	3973	3291	585	97	5906	9,2	10,0	9,7
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	11793	2308	9319	166	10829	1693	8469	667	22622	9,8	9,8	9,8
Dienstleistungen, gesamt	56694	9499	46723	472	42194	8443	32592	1159	98888	6,6	7,5	7,0
Insgesamt	202724	89641	110595	2488	86876	23009	61943	1924	289600	8,1	8,4	8,2
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	2911	2689	5043	825	2299	2133	3569	800	2737	3,3	4,1	3,5
Bergbau	5560	5256	8344	1513	5200	3667	5583		5549	9,6	6,8	9,6
Energiewirtschaft	4365	4086	5210	1167	3711	2926	4282	1111	4273	3,8	4,2	3,9
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	4804	4218	7128	942	3290	2738	4561	927	4384	5,2	5,3	5,2
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	5437	4621	8077	1011	4170	3229	5107	1000	5204	4,3	4,1	4,3
Investitionsgüter	4916	4345	7084	924	3538	2952	4638	915	4602	5,6	5,8	5,6
Verbrauchsgüter	4138	3695	6362	989	2882	2570	4243	981	3622	6,7	6,7	6,7
Nahrungs- und Genußmittel	3892	3627	6140	876	2745	2271	4073	867	3410	3,3	2,9	3,2
Baugewerbe	3954	3905	6204	1010	3294	3048	3556	974	3890	8,9	8,1	8,8
Produzierendes Gewerbe	4643	4167	6972	976	3300	2744	4424	935	4320	5,8	5,4	5,7
Handel	3647	2855	4282	783	2503	2210	2686	766	3019	4,9	5,2	5,1
Verkehr ⁴⁾	4039	3573	4732	948	3304	2438	3847	941	3863	4,6	4,9	4,6
Handel und Verkehr	3805	3213	4438	840	2622	2269	2834	787	3260	4,7	5,0	4,7
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	4477	3942	4636	1044	3805	2712	4134	1025	4203	4,8	5,2	4,9
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	5209	3813	5585	1137	3857	2970	4148	1124	4519	4,7	4,8	4,7
Gastgewerbe	2821	2560	3734	788	1836	1745	2254	740	2229	3,8	4,2	4,0
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	2413	2280	3833	704	1740	1733	2468	660	1915	3,9	4,8	4,5
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	3406	2718	3840	892	2041	1797	2349	879	2580	4,4	4,9	4,7
Dienstleistungen, gesamt	4077	3056	4535	954	2748	1946	3356	886	3379	4,4	4,4	4,3
Insgesamt	4308	3865	5207	948	2855	2329	3375	876	3737	5,2	4,9	5,1

¹⁾ Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — ²⁾ Einschl. Berlin (West). — ³⁾ Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — ⁴⁾ Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — ⁵⁾ Einschl. Soldaten. — ⁶⁾ U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — ⁷⁾ Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. — ⁸⁾ Einschl. tariflicher und außertariflicher Sonderzahlungen (13. Monateinkommen, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen u.a.).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ in Westdeutschland²⁾

	1988				1989				1990			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Absolute Zahlen in Tausend												
Land- u. Forstwirtschaft	200	234	245	237	204	234	242	232	207	235	246	236
Bergbau	198	195	193	190	187	184	183	180	177	174	173	170
Energiewirtschaft	260	261	261	262	262	263	263	264	265	267	269	271
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	7964	7973	8057	8073	8036	8075	8189	8227	8259	8314	8436	8487
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1398	1407	1421	1422	1402	1412	1430	1433	1423	1431	1447	1445
Investitionsgüter	4139	4139	4176	4189	4188	4213	4274	4300	4328	4360	4419	4437
Verbrauchsgüter	1721	1723	1732	1735	1738	1745	1758	1765	1780	1792	1804	1820
Nahrungs- u. Genußmittel	706	704	728	727	708	705	727	729	728	731	766	785
Baugewerbe	1535	1623	1673	1662	1571	1625	1668	1668	1617	1680	1725	1727
Produzierendes Gewerbe	9957	10052	10184	10187	10056	10147	10303	10339	10318	10435	10603	10655
Handel	3359	3385	3388	3445	3445	3461	3467	3535	3572	3610	3629	3701
Verkehr ⁴⁾	1441	1447	1453	1456	1437	1448	1456	1460	1447	1464	1476	1483
Handel und Verkehr	4800	4832	4841	4901	4882	4909	4923	4995	5019	5074	5105	5184
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	4165	4166	4167	4169	4173	4174	4175	4177	4186	4191	4196	4198
Geld-, Bank- u. Vers.-gewerbe	901	909	915	924	929	937	941	947	957	965	969	975
Gastgewerbe	575	606	619	617	582	613	626	623	591	624	638	630
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	885	908	906	937	916	952	950	979	969	1008	1003	1028
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	2558	2592	2595	2672	2655	2711	2714	2788	2811	2868	2862	2923
Dienstleistungen, gesamt	9084	9181	9202	9319	9255	9387	9406	9514	9514	9656	9668	9754
Insgesamt	24041	24299	24472	24644	24397	24677	24874	25080	25058	25400	25622	25829
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH												
Land- u. Forstwirtschaft	-2,0	-3,3	0,4	-0,4	2,0	0,0	-1,2	-2,1	1,5	0,4	1,7	1,7
Bergbau	-4,3	-4,9	-4,5	-5,5	-5,6	-5,6	-5,2	-5,3	-5,3	-5,4	-5,5	-5,6
Energiewirtschaft	1,6	1,2	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	1,1	1,5	2,3	2,7
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	-0,5	-0,3	0,0	0,3	0,9	1,3	1,6	1,9	2,8	3,0	3,0	3,2
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	-1,1	-0,8	-0,4	0,0	0,3	0,4	0,6	0,8	1,5	1,3	1,2	0,8
Investitionsgüter	-0,4	-0,3	0,1	0,4	1,2	1,8	2,3	2,6	3,3	3,5	3,4	3,2
Verbrauchsgüter	-0,3	0,1	0,3	0,3	1,0	1,3	1,5	1,7	2,4	2,7	2,6	3,1
Nahrungs- u. Genußmittel	-0,4	-0,3	0,0	0,0	0,3	0,1	-0,1	0,3	2,8	3,7	5,4	7,7
Baugewerbe	-0,2	-1,2	-1,4	-1,2	2,3	0,1	-0,3	0,4	2,9	3,4	3,4	3,5
Produzierendes Gewerbe	-0,5	-0,5	-0,3	-0,1	1,0	0,9	1,2	1,5	2,6	2,8	2,9	3,1
Handel	2,1	2,4	2,0	2,2	2,6	2,2	2,3	2,6	3,7	4,3	4,7	4,7
Verkehr ⁴⁾	0,2	0,1	0,0	-0,2	-0,3	0,1	0,2	0,3	0,7	1,1	1,4	1,6
Handel und Verkehr	1,5	1,7	1,4	1,4	1,7	1,6	1,7	1,9	2,8	3,4	3,7	3,8
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5
Geld-, Bank- u. Vers.-gewerbe	3,3	3,4	3,5	3,1	3,1	3,1	2,8	2,5	3,0	3,0	3,0	3,0
Gastgewerbe	1,6	1,3	1,3	1,1	1,2	1,2	1,1	1,0	1,5	1,8	1,9	1,1
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	6,1	4,6	3,2	3,2	3,5	4,8	4,9	4,5	5,8	5,9	5,6	5,0
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	5,6	4,2	3,6	3,5	3,8	4,6	4,6	4,3	5,9	5,8	5,5	4,8
Dienstleistungen, gesamt	2,6	2,1	1,8	1,8	1,9	2,2	2,2	2,1	2,8	2,9	2,8	2,5
Insgesamt	1,0	0,9	0,8	0,9	1,5	1,6	1,6	1,8	2,7	2,9	3,0	3,0

1) Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — 2) Einschl. Berlin (West). — 3) Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — 4) Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — 5) Einschl. Soldaten. — 6) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — 7) Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

chenden Vorjahresquartal. Der Zuwachs gegenüber der Vorperiode ist im Verlauf des Jahres 1990 geringer geworden. Expandierte die Beschäftigung im ersten Quartal 1990 noch mit einer Quartalswachstumsrate von 1,2 vH, so lag der Quartalszuwachs in den beiden darauffolgenden Vierteljahre bei 0,6 vH und im letzten Jahresviertel bei 0,5 vH.

Im verarbeitenden Gewerbe wurden im vierten Quartal 1990 knapp 60 000 Personen zusätzlich eingestellt. Maßgeblichen Anteil daran hatte mit gut einem Drittel die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Dies ist umso bemerkenswerter, als der Anteil dieses Bereiches an der Gesamtzahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe unter 10 vH liegt. Auch im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe expandierte die Beschäftigung überdurchschnittlich. Die Entwicklung in diesen beiden Bereichen ist nach wie vor wesentlich auf die zusätzliche Konsumnachfrage aus Ostdeutschland zurückzuführen.

Nachdem im Verlauf des konjunkturellen Aufschwungs zunächst das Investitionsgüter produzierende Gewerbe der Motor der Beschäftigungsentwicklung war, reagierten die Firmen dieses Bereiches in ihren Personaldispositionen nun mehr und mehr auf die nachlassende Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern. Der Personalbestand im letzten Quartal 1990 erhöhte sich lediglich um 22 000 Personen (nach 50 000 im ersten Quartal und jeweils reichlich 30 000 im zweiten und dritten Quartal). Besonders gering war die Beschäftigungsexpansion im Maschinenbau, im Straßenfahrzeugbau und in der Elektrotechnik. Im Grundstoff- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbe kam es trotz leicht steigender Umsätze zu keiner Beschäftigungszunahme.

In den Dienstleistungsbereichen wurde der Personalbestand um knapp 30 000 aufgestockt. Schlußlicht bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze war wiederum der öffent-

liche Dienst. In den übrigen Bereichen waren die Steigerungen zum Teil beträchtlich, erreichten aber nicht die hohe Zunahme im Handel (35 000).

Einkommensentwicklung in Westdeutschland

Die Einkommenssituation der beschäftigten Arbeitnehmer in Westdeutschland verbesserte sich auch im vierten Quartal 1990 deutlich. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme stieg gegenüber dem Vorjahr um 8,2 vH. Die kräftigste Erhöhung gab es mit gut 11 vH in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Dieser Anstieg ist in erster Linie auf die Beschäftigungsausdehnung in diesem Bereich zurückzuführen. Das monatliche Einkommen pro Beschäftigten erhöhte sich mit 3,2 vH nur unterdurchschnittlich — gegenüber 5,1 vH in der Gesamtwirtschaft. Es dürfte sich bei den zusätzlichen Arbeitsplätzen in einem nicht unerheblichen Ausmaß um Teilzeitarbeitsplätze handeln. In den übrigen Bereichen der Wirtschaft vollzog sich der Einkommensanstieg nahezu gleichmäßig.

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (in dieser Größe sind auch die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber enthalten) stiegen um 7,9 vH. Bei einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 5,1 vH ergab sich im letzten Jahresviertel 1990 ein Zunahme der Lohnstückkosten um 2,6 vH. Im Durchschnitt des ganzen Jahres betrug der Anstieg 2,5 vH.

Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen auch 1990 sehr kräftig; die Lohnquote ist erneut gesunken. Eine solche Entwicklung der Lohnquote im Konjunkturaufschwung kann durchaus als Marktergebnis in dem Sinne interpretiert werden, daß Verkäufermärkte den Unternehmen erlauben, hohe Gewinne

Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl¹⁾ in Westdeutschland²⁾
in 1000

	1988				1989				1990			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Land- u. Forstwirtschaft	229	227	231	231	230	227	227	226	233	230	231	230
Produzierendes Gewerbe	10 090	10 079	10 100	10 132	10 158	10 179	10 215	10 281	10 421	10 465	10 532	10 599
dar.: Verarb. Gewerbe	8 004	8 004	8 020	8 045	8 069	8 108	8 150	8 199	8 292	8 344	8 401	8 459
Baugewerbe	1 627	1 619	1 627	1 635	1 640	1 624	1 619	1 639	1 687	1 679	1 689	1 700
Handel und Verkehr	4 818	4 836	4 850	4 876	4 894	4 914	4 932	4 969	5 031	5 074	5 120	5 159
Dienstleistungen	9 156	9 166	9 207	9 273	9 310	9 375	9 411	9 466	9 568	9 635	9 680	9 709
Beschäftigte, insgesamt	24 293	24 307	24 389	24 512	24 592	24 697	24 786	24 943	25 253	25 404	25 563	25 698

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 3). — ²⁾ Einschl. Berlin (West).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

**Beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾, Bruttolohn- und -gehaltsumme und Durchschnittseinkommen in West-²⁾ und Ostdeutschland³⁾
im 2. Halbjahr 1990**

	Besch. Arbeitnehmer in 1000 Personen		Bruttolohn- und -gehaltsumme in Mill. DM		Monatl. Durch- schnittseinkommen in DM	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Land- u. Forstwirtschaft	241	740	3 778	4 897	2 613	1 103
Bergbau, Energiewirtschaft u. Verarbeitendes Gewerbe	8 903	3 109	221 288	23 463	4 143	1 258
Baugewerbe	1 726	440	38 005	4 520	3 670	1 712
Handel	3 665	605	64 819	4 850	2 948	1 336
Verkehr	1 480	580	31 319	5 489	3 527	1 577
Öffentlicher Dienst	4 197	1 640	94 094	14 923	3 737	1 517
Private Dienstleistungen ⁴⁾	5 514	970	87 837	8 158	2 655	1 402
Insgesamt	25 726	8 084	541 140	66 300	3 506	1 367

1) Einschl. Lehrlinge. — 2) Einschl. Berlin (West). — 3) Einschl. Berlin (Ost). — 4) Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

zu erzielen. Die am Markt angelegte Umverteilung ist aber durch steuerpolitische Maßnahmen in den letzten Jahren, wie die Gesamtwirkung der Steuerreform 1986/90 und der Steuererhöhungen 1991 zeigt, weiter verschärft worden³⁾.

*Beschäftigung und Einkommen in Ostdeutschland
im zweiten Halbjahr 1990⁴⁾*

Die Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen nach der Währungsunion in Ostdeutschland war gekennzeichnet durch einen starken Abbau der Beschäftigung und einen gleichzeitig kräftigen Anstieg der Einkommen.

Die Zahl der in Ostdeutschland beschäftigten Arbeitnehmer verminderte sich gegenüber dem zweiten Halbjahr 1989 um 1,3 Mill. Personen. Im verarbeitenden Gewerbe, in dem rund 40 vH der Arbeitskräfte beschäftigt waren, reduzierte sich der Bestand an Arbeitsplätzen um knapp 20 vH. Der stärkste Beschäftigungsabbau vollzog sich im Baugewerbe. Hier waren im zweiten Halbjahr 26 vH weniger Arbeitsplätze vorhanden als im Jahr davor. Das Baugewerbe ist aber auch derjenige Bereich, in dem die erweiterte Kurzarbeiterregelung für Ostdeutschland zur Vermeidung von Entlassungen am wenigsten angewendet wird. Die Anpassung der Beschäftigung im Zuge des Umstrukturierungsprozesses vollzog sich hier offenbar am schnellsten. Die Bauwirtschaft ist aber auch der Bereich, in dem eine baldige Beschäftigungsexpansion zu erwarten ist.

Die Monatseinkommen je Beschäftigten lagen im Durchschnitt des zweiten Halbjahres in Ostdeutschland bei 1367 DM. Das Einkommen betrug damit knapp 40 vH des westdeutschen Niveaus. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Jahr 1989 konnte eine erhebliche Einkommensverbesserung von 30 vH erzielt werden. Mit gut

1700 DM waren die Bezüge im Baugewerbe am höchsten. Hier wurden etwa 47 vH des westlichen Lohn- und Gehaltseinkommens erreicht. Den westdeutschen Einkommensverhältnissen am nächsten kommen die Beschäftigten der privaten Dienstleistungen. Sie bezogen etwa 53 vH der westdeutschen Löhne und Gehälter. Im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe (einschl. Energiewirtschaft) lag diese Relation lediglich bei 30 vH.

Ausblick

Auch im ersten Quartal 1991 hat die Beschäftigung in Westdeutschland weiter zugenommen, wenn auch weniger stark als zuvor. Aufgrund des Basiseffektes, der sich aus der starken Beschäftigungsexpansion im ersten Quartal des Vorjahres ergibt, dürfte die Zuwachsrates im ersten Quartal dieses Jahres lediglich 2,3 vH betragen. Die Durchschnittseinkommen dürften um 4,5 vH gestiegen sein. Daraus ergibt sich eine Erhöhung der Bruttolöhne und -gehälter von 7 vH.

In Ostdeutschland schreitet der Beschäftigungsabbau weiter voran. Gebremst wird diese Entwicklung aber durch die spezifische Kurzarbeiterregelung. Der durchschnittliche Arbeitsausfall der 1,9 Mill. Kurzarbeiter lag im Februar bei 55,8 vH. Die Kurzarbeit hat faktisch immer mehr den Charakter von Arbeitslosigkeit. Damit werden zwar die sozialpolitischen Folgen der Beschäftigungskrise in Ostdeutschland abgefedert, die Gefahr besteht aber, daß damit ineffiziente Strukturen konserviert werden. Die derzeitige Anwendung der Kurzarbeiterrege-

³⁾ Vgl. dazu den in diesem Wochenbericht erscheinenden Beitrag: Steuerentlastung 1986/90 und Steuerbelastung 1991: Umverteilung der Einkommen von unten nach oben.

⁴⁾ Bei den an dieser Stelle vorgelegten Zahlen handelt es sich um erste Schätzungen des DIW.

Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen in Westdeutschland¹⁾
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1988	1989	1990	1988	1989				1990				1991
				IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	(2)
Beschäftigung	0,9	1,6	2,9	0,9	1,5	1,6	1,6	1,8	2,7	2,9	3,0	3,0	2,3
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	4,6	7,6	3,8	5,2	4,3	4,5	4,6	6,7	7,9	7,5	8,2	7
Durchschnittseinkommen	3,0	3,0	4,6	2,9	3,7	2,7	2,9	2,8	3,9	4,8	4,4	5,1	4,5

¹⁾ Einschl. Berlin (West). — ²⁾ Schätzung; Bruttolohn- und -gehaltsumme und Durchschnittseinkommen gerundet.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

lung verlängert und verteuert den Umstrukturierungsprozeß.

Wegen der geringen Abgangsquote aus Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland wird der Anteil von Langzeitarbeitslosen rasch zunehmen. Langzeitarbeitslosigkeit ist jedoch weit schwerer und nur mit wesentlich höheren Kosten abzubauen als Kurzarbeitslosigkeit. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland müssen zweifellos aktive arbeitsmarktpolitische Instrumente wie Fortbildung und Umschulung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Beschäftigungsgesellschaften eingesetzt werden, um die beruflichen Fähigkeiten der Arbeitnehmer

zu erhalten bzw. zu verbessern. Die öffentliche Diskussion erweckt aber oftmals den Eindruck, als seien diese Instrumente der letzte Rettungsanker gegen Massenarbeitslosigkeit. Das ist sicher eine überzogene Sichtweise. Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können zwar hilfreich sein, die Folgen von Arbeitslosigkeit zu mildern, dauerhaft gesenkt werden kann sie aber nur durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze, also durch eine rege Investitionstätigkeit. Die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind dagegen lediglich geeignet, den Zeitraum zu überbrücken, bis Investitionen beschäftigungswirksam werden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung von Berlin. Bearbeitet von Karl Brenke.
Steuerentlastung 1986/90 und Steuerbelastung 1991: Umverteilung der Einkommen von unten nach oben. Bearbeitet von Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener.
Der Arbeitsmarkt in Deutschland — Aktuelle Arbeitsmarktentwicklung. Bearbeitet von Wolfgang Scheremet.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten